

„Suchet der Stadt Bestes!“

(Jeremia 29,7)

Wort der evangelischen Kirchen zur Finanznot der Kommunen in NRW

Die im neu gewählten Landtag vertretenen Parteien haben erkannt, dass den Kommunen in akuter Finanznot geholfen werden muss, weil ihnen sonst politische und wirtschaftliche Handlungsunfähigkeit droht.

Die von der Diakonie zusammen gestellten Spar- und Kürzungslisten vieler Kommunen zeigen, wie stark Bildungschancen eingeschränkt, kulturelle Angebote reduziert und soziale Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden. Insbesondere wird auch präventive Arbeit stark gefährdet. Besonders betroffen sind dadurch ärmere Familien mit ihren Kindern, deren Beteiligungsmöglichkeiten dramatisch sinken.

In unserem Land entwickeln sich in immer stärkerem Maße und mit immer höherem Tempo ganz unterschiedliche Lebensverhältnisse. Benachteiligte werden dadurch stärker benachteiligt, Bevorzugte stärker bevorzugt. Ungerechte Lebensverhältnisse und strukturelle Benachteiligungen bestimmter Gruppen, Institutionen oder Regionen gefährden die gesellschaftliche Integration und Solidarität. Was der Staat von seinen Bürgern fordert, muss auch sein eigenes Handeln bestimmen, nämlich Solidarität zur Schaffung gleicher Lebensbedingungen in allen Regionen.

Die Kommunen sind die Basis der demokratischen Gesellschaft. Hier wird von den Bürgerinnen und Bürgern Staat erlebt. Hier findet gesellschaftliche Integration statt. Deshalb müssen die Kommunen in ihrer Aufgabe der Daseinsvorsorge gestärkt und finanziell besser ausgestattet werden.

Die evangelischen Kirchen in Nordrhein-Westfalen beobachten mit Sorge, dass

- in unserem Bundesland immer mehr Kommunen ihre Aufgaben nur noch mit Kassenkrediten finanzieren;
- in unserem Bundesland auf kommunaler Ebene im bundesweiten Vergleich Investitionsausgaben besonders niedrig ausfallen; dies führt aufgrund fehlender Eigenmittel zu massiven Investitionsstaus;

- die Kommunen hohe Ausgaben für soziale Leistungen schultern müssen, wobei die Verteilung von Lasten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aus dem Gleichgewicht ist.

Die evangelischen Kirchen in Nordrhein-Westfalen und ihre Diakonie erwarten von Landtag und Landesregierung, dafür Sorge zu tragen,

- dass der Grundsatz der Konnexität strikt beachtet wird. Das heißt, dass den Kommunen nicht in Gesetzgebungsverfahren von Bund und Land weitere Aufgaben aufgebürdet werden, ohne dass eine entsprechende Finanzierung gesichert ist;
- dass die strukturelle Unterfinanzierung im Gemeindefinanzsystem abgebaut wird. Die Kommunen brauchen eine Finanzierung, die stetig und auskömmlich ist.
- dass ein Entschuldungsplan für extrem belastete Kommunen aufgestellt wird, um deren politische und wirtschaftliche Handlungsfähigkeit wieder herzustellen. Kurzfristig muss gewährleistet werden, dass die Kommunen wieder Zugang bekommen zu Förderprogrammen von Europäischer Union, Bund und Land.

Die evangelischen Kirchengemeinden sind direkt von den Entwicklungen vor Ort betroffen. Zur Wahrnehmung ihrer subsidiär übertragenen Aufgaben brauchen sie wie andere zivilgesellschaftliche Akteure handlungsfähige Kommunen.

Für die Evangelische Kirche im Rheinland

Präses Nikolaus Schneider

Für die Evangelische Kirche von Westfalen

Präses Dr. Alfred Buß

Für die Lippische Landeskirche

Landessuperintendent Dr. Martin Dutzmann

Düsseldorf/Bielefeld/Detmold, 18. Juni 2010